



Liebe Freunde,

die Temperaturen steigen, der Sommer ist endlich da. Die Hoffnung, dass sich nun auch das bundes- und weltpolitische Fahrwasser etwas beruhigt, hat sich allerdings zerschlagen. Zudem ist nach der NRW-Wahl der Druck auf die Regierung und auch auf die FDP noch einmal gestiegen. Was für Auswirkungen der überraschende Rücktritt des Bundespräsidenten hat, ist noch gar nicht abzuschätzen. Ich bedaure seinen Rücktritt sehr, denn Horst Köhler hatte das Vertrauen der Menschen gewonnen. Ein Mittler zwischen Bürgern und Politik geht uns damit verloren.

Anders als gewohnt finden Sie heute im Infohappen, neben den Berichten über meine fachliche Arbeit, eine Stellungnahme zur Verabschiedung des Gesetzes zum europäischen Rettungsschirm und über die Situation der Steuerpolitik.

Ich grüße Sie herzlich

Christel Happach-Kasan

Info-HAPPen

Dr. Christel Happach-Kasan
Ausgabe Sommer 2010



Europäischer Rettungsschirm

Der Bundestag hat am 21. Mai 2010 das Gesetz zum europäischen Rettungsschirm für den Euro verabschiedet. 319 Abgeordnete stimmten für, 73 Abgeordnete gegen das Gesetz. 195 Abgeordnete enthielten sich.

Ich habe dem Gesetz zugestimmt. Das ist mir bei einer solchen Maßnahme, die wohl nur wenige in allen Dimensionen abschätzen können und nur wenige Wochen nach dem Rettungsakt für Griechenland, nicht leicht gefallen. Es bleiben viele Fragen. Doch es wurde für mich sehr deutlich, dass eine Verweigerung keine Lösung für das bestehende Problem bedeutet. Die Ursache für die Probleme liegt in der zu hohen Staatsverschuldung vieler Länder in der Europäischen Union, auch Deutschlands. Unsere hohe Wirtschaftskraft versetzt uns in die Lage, die Schuldenlasten zu meistern. Das gilt für verschiedene Länder wie Griechenland, aber auch für Spanien und Portugal, nicht.

Deutschland bürgt mit mehr als 148 Mrd. Euro für Europa. Das ist sehr viel Geld. Aber nicht nur Deutschland bürgt, andere Mitglieder der Eurozone stellen auch entsprechend ihrer Wirtschaftskraft Mittel zur Verfügung. Die Niederlande, Österreich, Frankreich, Belgien, Luxemburg und viele weitere - sie alle sind bereit, sich für Europa und die gemeinsame Währung zu engagieren. Deutschland hat als starke Exportnation in besonderer Weise vom Euro profitiert. Etwa 70% der Exporte gehen in Länder der Eurozone. Es gibt auf Grund der gemeinsamen Währung keine Währungsschwankungen, keine Unsicherheiten und keine unkalkulierbaren Kosten. Es liegt daher auch in unserem Interesse, dass wir uns gemeinsamen Lösungen nicht verweigern. Es ist für mich keine Frage, dass unsere Zukunft nicht in einem isolierten Nationalstaat liegt, sondern als engagiertes Mitglied in der Europäischen Union. Es geht darum, ob wir nur Deutsche oder auch Europäer sein wollen.

In dem Moment, in dem die Anleihen immer weiterer Staaten unter Druck geraten, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Anleihen aller Staaten einschließlich Deutschlands betroffen sind. Das käme einer haushaltspolitischen Vollbremsung mit verheerenden Konsequenzen gleich. Wenn die Märkte einem Staat frisches Kapital verweigern, muss dieser in genau diesem Moment seinen Haushalt ausgleichen, das heißt, er muss mit dem auskommen, was er einnimmt. Auf mittlere Sicht ist das auch erstrebenswert. Wenn dieses aber unmittelbar und abrupt erfolgt, ist es fatal.

Der staatliche Zuschuss zur Rentenversicherung, Infrastrukturmaßnahmen, Kinderbetreuung, Kultur, jede staatliche Aus- bzw. Aufgabe stünde mit einem Mal zur Disposition. Und zwar nicht politisch gesteuert, sondern aufgrund der Verweigerung der Märkte.

(weiter auf Seite 2)

www.happach-kasan.de

In dieser Ausgabe:

Europäischer Rettungsschirm	1
Europapolitik	2
Ernährung	3
Deutschland und Schleswig-Holstein	4
Informationswünsche	4



Fortsetzung von Seite 1 Ein solcher Schock würde nicht nur den Wohlstand, er würde auch den sozialen Frieden, wenn nicht gar unser politisches System gefährden. Keine verantwortungsbewusste Regierung kann und darf die Bürgerinnen und Bürger einer solchen Katastrophe mutwillig aussetzen.

Mir wird oft vorgehalten, wir sollten die Banken an der Lösung des Problems beteiligen. Das ist richtig. Es gibt zahlreiche Entwicklungen der letzten zehn Jahre, auf die die Politik nicht angemessen reagiert hat. Doch die Einführung neuer Steuern, die uns von der linken Seite des Hauses vorgeschlagen wird, muss gut durchdacht sein. Für ein Land, das in seiner Produktivität

von Rohstoffimporten abhängig ist, führt die nationale Einführung einer Transaktionssteuer zu einer Verschlechterung der Wettbewerbssituation der Wirtschaft. Es wird die Forderung nach weltweiter Einführung erhoben. Doch wie realistisch ist das?

Ich habe dem Stabilisierungspaket zugestimmt und hier einige Gedanken angesprochen, die meiner Entscheidung zugrunde liegen. Vielleicht sollten sich aber auch diejenigen, die unseren Gesetzesentwurf nicht zugestimmt haben, fragen, ob und wie sie ihre Entscheidung verantworten können.

Europapolitik

Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013



Der Anteil der Agrarausgaben am EU-Budget macht derzeit etwa 38% aus und liegt damit bei circa 55 Milliarden Euro. Die Landwirtschaft spielt in der EU damit eine wichtige Rolle. Ohne die Zuwendungen der EU könnten sehr viele landwirtschaftliche Betriebe nicht existieren. Die künftige Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU ist deshalb eine wesentliche Rahmenbedingung für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Deutschland. Bei den Verhandlungen über die GAP ist unser Ziel, dass Landwirte in ganz Deutschland auch nach 2013 gute Rahmenbedingungen erhalten. Gleichzeitig müssen wir sie darauf vorbereiten, dass es Einschnitte geben wird, damit sie sich in ihren betrieblichen Entscheidungen darauf einstellen können. Im Rückblick müssen wir feststellen, dass der Anteil des Agrarbudgets am EU-Haushalt in den letzten Jahrzehnten von 80% auf 38% gesunken ist. Vor diesem Hintergrund ist es unehrlich, so zu tun, als gäbe es eine Chance, die Mittel auf gleichem Niveau zu halten.

Für eine starke erste Säule

Die FDP steht für eine starke erste Säule. Im Interesse der Landwirte hat diese Säule für uns Vorrang vor der zweiten.

Sie ist Ausgleich für Leistungen der Landwirtschaft für das Gemeinwohl, die Pflege der Kulturlandschaft. Die Verteilung der Mittel erfolgt unbürokratischer als bei der zweiten Säule. Eine starke erste Säule trägt auch dazu bei, dass Deutschlands Position als größter Nettozahler in der EU nicht noch weiter ausgebaut wird. Das ist nicht im Interesse der deutschen Landwirte.

Für eine unternehmerische Landwirtschaft

Die Marktregulierungsinstrumente der alten Agrarpolitik haben sich nicht bewährt. Die Milchquote hat nicht verhindern können, dass seit Einführung der Quote 1984 drei Viertel aller Milchbauern aufhören mussten. Deswegen ist es gut, dass die Milchquote, wie in der Koalition vereinbart, 2015 wegfällt.

Interventionen in das Marktgeschehen sind nur in Ausnahmesituationen vertretbar. Sie verhindern, dass sich effektiv arbeitende Vermarktungsstrukturen herausbilden. Deswegen müssen Interventionen auf den äußersten Notfall beschränkt werden. Eine Minderung der Verwendung der Mittel für Interventionen hilft zudem, die Direktzahlungen zu erhalten.

Exportsubventionen tragen dazu bei, Märkte in Entwicklungsländern zu zerstören. Deshalb werden sie heftig z.B. von christlichen Organisationen kritisiert. Es ist ethisch nicht vertretbar, Exporte in Länder der Dritten Welt mit Steuerzahlergeld zu subventionieren und dort die Märkte zu zerstören, die dortige agrarische Produktion zu behindern.

Zulassung der Stärkekartoffel Amflora

Die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel Amflora ist zugelassen. Nun wird sie auch in Deutschland angebaut. In Mecklenburg-Vorpommern sind die ersten Kartoffeln schon gesetzt. Es ist bedauerlich, dass dort die Polizei anrücken musste, um Chaoten von der Zerstörung des eben bepflanzten Feldes abzuhalten. Ein Diskurs über das Für und Wider von gentechnisch veränderten Pflanzen ist wichtig. Dieser darf aber nicht in Sachbeschädigung münden oder sich gar gegen Menschen, wie die vor Ort eingesetzten Polizisten, richten. Die Zulassung der Amflora erfolgte im Einklang mit den wissenschaftlichen Empfehlungen sowohl von Gremien der EU wie auch der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS). Es gibt keinen Grund, an der Sicherheit der Amflora zu zweifeln. Das Thema ist für die Zukunft einer innovativen Landwirtschaft und für den Forschungsstandort zu wichtig, um ideologische Grabenkämpfe zu führen. Ich will Ihnen deshalb kurz die nächsten Schritte für einen vernünftigen Umgang mit der Grünen Gentechnik vorstellen.

1. Die im christlich-liberalen Koalitionsvertrag vereinbarte Positiv-Kennzeichnung (Prozesskennzeichnung) muss zur Beendigung der Verbrauchertäuschung insbesondere durch bisherige sogenannte „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung auf den Weg gebracht werden. Alle Produkte, die mit Gentechnik, ob weißer (Vitamine), roter (Medikamente) oder grüner Gentechnik in Berührung gekommen sind, sollen gekennzeichnet werden.

2. Die sogenannte Nulltoleranz gegenüber Beimengungen von nicht in der EU zugelassenen GVO verursacht Rechtsunsicherheit und immense Kosten. Der Nulltoleranz steht kein Nutzen gegenüber. Um Rechtssicherheit zu schaffen, diese überflüssigen Kosten zu beseitigen, die letztlich von den Verbrauchern getragen werden, setzt sich die FDP-Bundestagsfraktion für ihre Aufhebung ein. Wir wollen dem Vorbild der Schweiz folgen, die Toleranzschwellenwerte festgelegt hat: 0,5% für Lebens- und 0,9% für Futtermittel.

Ernährung

Dioxine in Bio-Eiern entzaubern eine Branche

Dioxine haben in Lebens- und Futtermitteln nichts zu suchen. Sie entstehen bei Verbrennungsprozessen, gehören zu den giftigsten Substanzen überhaupt und rufen Fehlbildungen beim ungeborenen Kind hervor. Am 28. April teilten die Niederlande im Schnellwarnsystem der EU mit, dass erhöhte Dioxinwerte in Bio-Hühnereiern gefunden worden waren. Die Meldung schlug ein wie eine Bombe. Die Legehennen waren mit Futtermitteln gefüttert worden, die erhöhte Dioxinwerte aufwiesen. Sie stammten aus den Niederlanden. Ein Bio-Mais aus der Ukraine war die Ursache. In elf Bundesländern wurden inzwischen Dioxine in Bio-Eiern aber auch in Bio-Futtermitteln für Rinder, Schweine und Schafe gefunden. Teilweise überschritten die Dioxinwerte in den Lebensmitteln mehrfach die bestehenden Grenzwerte. Die Biobranche ist davon hart getroffen. Inzwischen wurden die belasteten Futtermittel auch in konventionell wirtschaftenden Betrieben gefunden. Es beruhigt nur wenig, dass das Bundesinstitut für Risikobewertung durch den kurzzeitigen Verzehr dieser mit Dioxin belasteten Bio-Produkte keine unmittelbare Gefährdung der Gesundheit sieht. Die Tatsache, dass über 1000 Tonnen eines mit Dioxinen belasteten Bio-Maises ohne Eingangskontrolle zur Herstellung von Futtermitteln verwendet wurden und an keiner weiteren Stelle der Produktionskette Qualitätskontrollen vorgenommen wurden, zeugt von verantwortungsloser Gläubigkeit an die Bio-Deklaration.

Der Vorfall macht mehrere Dinge deutlich: Die schöne heile regionale Biowelt ist eine Fiktion. So wie konventionell wirtschaftende Tierhalter auf den Zukauf von Futtermitteln angewiesen sind, so sind es auch ihre Kollegen der Biobranche. Dagegen ist auch im Prinzip nichts einzuwenden. In einer globalisierten Welt wird dort produziert, wo die Produktionskosten am niedrigsten sind, egal ob Bio oder nicht. Wenn jedoch die regionale Produktion als besondere Leistung vermarktet wird, müssen die Futtermittel auch aus der Region stammen. Alles andere wäre Betrug. Der Dioxin-Skandal bei Bio-Produkten ist auf Bio-Mais aus der

Ukraine zurückzuführen. Die Ukraine gehört für keinen deutschen Landkreis zur Region, sie ist Ausland, Transportentfernung mindestens 1000 km. Heile, regionale Bio-Welt ade!

Nur die Endkontrolle eines Produktes kann verbindlich die Qualität des Produktes feststellen. Biosiegel garantieren zwar die Einhaltung bestimmter Produktionsvorschriften. Die hohen Dioxinbelastungen der Bio-Eier zeigen, dass durch die Einhaltung von Produktionsvorschriften nicht automatisch qualitativ hochwertige Lebensmittel entstehen. Richtlinien für die Produktion von Lebensmitteln bestimmen eben nur die gute fachliche Praxis einer Produktion, nicht die Produktqualität. Deswegen gibt es Qualitätssiegel, die sich nicht auf die reine Prozesskennzeichnung beschränken, sondern nur dann erteilt werden, wenn das Endprodukt den definierten Anforderungen des Siegelgebers entspricht. Die Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) zeichnet Produkte nur nach einer sorgfältigen Überprüfung der Endprodukte aus, das Gütezeichen der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftskammer „Geprüfte Qualität“ ebenfalls. Erkennbar haben solche Siegel für die Verbraucher einen deutlich höheren Wert als Siegel, die nur die Einhaltung bestimmter Produktionsvorschriften zertifizieren. Qualität muss vom Produkt her gedacht werden und nicht lediglich von der Produktion.

Für Bio-Bauern zeigt der Skandal, dass allein mit der Einhaltung der von den verschiedenen Verbänden verlangten Produktionsvorschriften die Qualität des Endprodukts nicht gewährleistet ist. Das ist sicherlich für viele bitter. Ich weiß aber aus Gesprächen, dass viele Landwirte sich dieser Tatsache bewusst sind und eigene Produktkontrollen in Auftrag geben.

Angesichts der höheren Preise für Bioprodukte stellt sich einmal mehr die Frage, welche höheren Leistungen begründen sie?

Nährwert- „Ampel“ kommt nicht

Der Ausschuss für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments hat entschieden: die Ampelkennzeichnung bei Lebensmitteln kommt nicht. Dies ist sachlich richtig, denn die Nährwertampel führt in die Irre, statt Verbraucher zu informieren.

Während die Ampel im Verkehrsbereich eindeutig ist, ist sie im Ernährungsbereich gänzlich ungeeignet. Bei Lebensmitteln, die mit grünen, gelben und roten Punkten gekennzeichnet werden, müsste, um im Bild zu bleiben, gleichzeitig Gas gegeben, gekuppelt und gebremst werden. Die Bewertung der Nährwertangaben durch Farben ist nicht sinnvoll. Egal, wie die Grenzwerte für die farbliche Kennzeichnung gewählt werden, es ist unmöglich, eine für alle individuellen Gegebenheiten richtige Bewertung vorzunehmen. Demgegenüber unterstützt die FDP eine Nährwert-Kennzeichnung auf wissenschaftlicher Basis nach dem GDA-Modell.

Insgesamt verdeckt die Diskussion über die Nährwertkennzeichnung, dass der Mangel an Bewegung nicht allein durch die Umstellung der

Ernährung aufgefangen werden kann. Mangelhafte Bewegung und zu wenig Abwechslung bei den Mahlzeiten sind Ursache für viele Wohlstandskrankheiten, zum Beispiel Diabetes Typ 2.

Daran kann auch die beste und ausführlichste Kennzeichnung nichts ändern. Hier ist jeder Einzelne gefragt umzudenken. Bewegungsmangel kann nur durch mehr Bewegung gemindert werden. Deswegen verfolgt die Plattform „Ernährung und Bewegung“ den richtigen Ansatz.

Zudem müssen Kinder früh an eine ausgewogene Ernährung gewöhnt werden. Sie müssen selbst herausfinden, was ihnen gut schmeckt und gut tut. Initiativen wie das Schulobstprogramm oder der „Ernährungsführerschein“ der Landfrauen sind deshalb gar nicht zu überschätzen.



Klebeschinken, Analog-Käse und andere Verbrauchertäuschungen

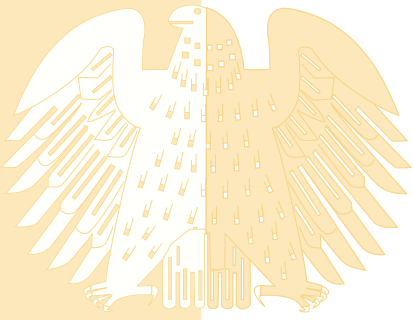


In sechs von 13 Roh-Schinken aus Discountern und Supermärkten wurde bei Untersuchungen an der Freien Universität Berlin festgestellt, dass sie nicht aus einem Stück sind. Mit dem Enzym Transglutaminase sind unterschiedlich große Fleisch-Stücke zu einem ganzen Schinken verklebt werden. Allerdings wurde dies nicht auf der Packung angegeben. Das ist der eigentliche Skandal.

Ob bei Klebeschinken, Formfleisch oder Analog-Käse: Der Verbraucher hat ein Recht darauf zu wissen, was er isst. Die Lebensmittelhersteller sind deshalb gefordert, ihre Produkte deutlich zu kennzeichnen, damit hohe Qualität von minderer unterschieden werden kann. Es ist ihre Aufgabe, Instrumente zu entwickeln, um den schwarzen Schafen der

Branche das Handwerk zu legen. Neue gesetzliche Regelungen braucht es dafür nicht, sondern verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln.

Die gesetzliche Lage ist eindeutig: „Nusschinken“ oder „Lachsschinken“ darf ein Produkt nur heißen, wenn ganzes Muskelfleisch verwendet wurde. Wer zusammengeklebtes Fleisch trotzdem unter einem anderen Namen verkauft, begeht Verbrauchertäuschung. Dies kann und muss durch die Lebensmittelüberwachungsbehörden der Länder beanstandet und sanktioniert werden. Niemand darf sich durch falsche Kennzeichnung Wettbewerbsvorteile gegenüber Produzenten erschleichen, die auf hochwertige Produktqualität achten. Aber auch die Branche muss den Druck auf Unternehmen erhöhen, die mit falschen Karten spielen.



Informationen aus Berlin von
Dr. Christel Happach-Kasan, MdB
(V.i.S.d.P.)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: (030) 227-70205,
Telefax: (030) 227-76113
Email: christel.happach-kasan@bundestag.de
Internet: www.happach-kasan.de

Deutschland

Kompromiss für die Zukunft der deutschen Solarenergie

Der Koalition ist ein zufriedenstellender Kompromiss bei der Photovoltaik-Förderung gelungen. Die Minderung der Einspeisevergütung entlastet die Verbraucher und lässt sie teilhaben am technischen Fortschritt. Neben der Entlastung für die Verbraucher stellt die maßvolle Senkung der Einspeisevergütung sicher, dass die Solarbranche weiterhin gute Bedingungen für ihre Entwicklung behält. Trotz der Senkung der Einspeisevergütung werden nach Angaben des Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) die Strompreise im kommenden Jahr um etwa zehn Prozent steigen. Ohne die angepassten Vergütungsregelungen wäre diese Steigerung allerdings deutlich höher ausgefallen.

Die wichtigsten Neuerungen will ich Ihnen kurz vorstellen: Zum 1.1.2011 wird die Einspeisevergütung um neun Prozent abgesenkt. Wie hoch die Senkung genau ausfällt, hängt aber

davon ab, wie viel zusätzliche Solaranlagen gebaut werden. Die von der FDP durchgesetzte Verschiebung des Inkrafttretens der neuen Vergütungssätze dient dem Vertrauensschutz von Investoren, die im Vertrauen auf das bestehende Gesetz in neue Anlagen investiert haben.

Für Privatanlagen wird die maximale Anlagengröße von heute 30 KW nicht auf 800 KW, sondern nur auf 500 KW erhöht. Es bleibt aber ein Wermutstropfen: Die Nutzung von Ackerflächen mit Ausnahme eines Streifens an den Autobahnen bleibt ausgeschlossen. Dies ist auch eine Folge der von der Solarbranche geforderten hohen Renditen. Es wäre jedoch ein ordnungspolitischer Fehler, mit politisch festgesetzten Einspeisevergütungen für Strom die Erträge aus ackerbaulicher Nutzung deutlich zu überbieten. Die FDP ist nicht der Auffassung, dass das Aufstellen von Photovoltaikanlagen ethisch wertvoller ist als der Anbau von Brotweizen.

Schleswig-Holstein

Anti-Kernkraft-Demo mit schalem Beigeschmack

120.000 Kernkraftgegner hatten sich Ende April zu einer Menschenkette in Hamburg und Schleswig-Holstein aufgestellt. Damit wollten sie gegen die Energiepolitik der Bundesregierung demonstrieren. Die 120 Kilometer lange Reihe reichte vom Kernkraftwerk Brunsbüttel bis zum Meiler Krümmel in Geesthacht.

Auch ich denke, dass eine Diskussion über die Zukunft der Energieversorgung richtig und wichtig ist. Der Weg hin zu erneuerbaren Energien ist im Koalitionsvertrag deutlich vorgezeichnet. Die Kernenergie hat auf diesem Weg eine Brückenfunktion, weil heute eine umfassende Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit erneuerbaren Energien noch nicht möglich ist. Das ist ein Fakt, dem sich auch die Gegner der Kernenergie nicht einfach entziehen können.

Die Menschenkette hätte zu dieser Diskussion ein Beitrag sein können. Es bleibt allerdings ein schaler Beigeschmack. Wenn Ökostrom-Anbieter für Sonderzüge und Busse der Demonstranten bezahlen, die gegen ihre eigenen Wettbewerber demonstrieren, sollte das hellhörig machen. Ob 'Lichtblick-Express', 'Naturstromexpress', 'EWS-Schönau-Express' oder 200 Sonderbusse: Das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit darf nicht von PR-Strategen staatlich geförderter Öko-Konzernen als Instrument des Marketing instrumentalisiert werden. Auch beim Thema Lobbyismus sollte man nicht auf einem Auge blind sein. Die Energiediskussion in Deutschland wird seit Jahrzehnten davon geprägt, wie wir Strom nicht erzeugen wollen. Wir aber brauchen eine verantwortliche Energiepolitik die Lösungen bietet.

Ich habe Interesse an weiteren Informationen zu folgenden Themen:

(Bitte schicken Sie uns ein Fax an 030/227-76113 oder eine E-Mail an christel.happach-kasan@bundestag.de)

- Broschüre der DFG zur Grünen Gentechnik**
- Blogbeitrag zum Thema „Dioxin in Bio-Eiern“**
- Stellungnahme zur Kampagne "Öko + Fair ernährt mehr!" des Weltladen-Dachverbandes zusammen mit Naturland e.V.**
- Sonstiges:**

Name: _____

E-Mail: _____

Anschrift: _____